



Aktueller Begriff

Parlament und Parteiensystem Ungarns

Durch den erdrutschartigen Wahlsieg des Bürgerbündnisses von Ministerpräsident Viktor Orbán im April 2010 hat sich die seit längerem im Umbruch befindliche Parteienlandschaft Ungarns weiter verändert. Viele der nach 1989 entstandenen Gruppierungen, die anfangs nicht unmaßgeblichen Einfluss auf die Politik des Landes ausübten (z.B. die ungarischen Liberalen der SZDSZ), gelangten nicht mehr ins Parlament. Die im dortigen Einkammersystem zu vergebenden 386 Sitze konzentrieren sich gegenwärtig auf vier Parteien, vor allem auf das Bürgerbündnis Orbáns. Diese Gruppierung erreichte 2010 als erste Partei in der postkommunistischen Geschichte Ungarns eine Zweidrittelmehrheit, die Verfassungsänderungen ermöglicht. Neben der spezifischen Ausgangslage einer desolaten Regierungsbilanz der zwischen 2002 und 2010 regierenden Sozialisten liegt der Erfolg des Orbán-Bündnisses auch in den Besonderheiten des ungarischen Wahlrechts begründet. Dieses begünstigt Parteienverbände bzw. große Parteien, eine Tendenz, die nach einer von der Orbán-Regierung derzeit angestrebten Wahlrechtsänderung noch verstärkt werden soll.

Das Wahlsystem

Vordergründig weist Ungarns Wahlsystem große Ähnlichkeiten mit dem deutschen auf. Es gibt seit 1994 eine Fünf-Prozent-Hürde. Jeder Bürger hat zwei Stimmen, die Sitzvergabe berücksichtigt Prinzipien des Verhältnis- und Mehrheitswahlrechts, wobei allerdings stärker als im deutschen Wahlsystem die Mehrheitswahlelemente zur Geltung kommen. So werden 176 Sitze fest nach dem absoluten Mehrheitswahlrecht in Einerwahlkreisen vergeben, was einen zweiten Wahlgang erforderlich macht, wenn kein Kandidat über 50 Prozent gekommen ist. Wahlallianzen werden durch diese Stichwählerfordernisse begünstigt, so etwa Orbáns Bündnis 2010. Die übrigen Sitze werden in Mehrpersonenwahlkreisen nach dem Prinzip der Verhältniswahl vergeben.

Die Parteien

FIDESZ/KDNP

Orbán's Bürgerbündnis, das 2010 67,9% der Stimmen erhalten hat und seither über 262 Parlamentssitze verfügt, besteht aus seinem eigenen „Bund der Jungen Demokraten“ (FIDESZ) und der als Juniorpartner ins Boot geholten Christlich-Demokratischen Volkspartei (KDNP). Ist letztere aus der Tradition des politischen Katholizismus entstanden, begann der 1988 von Orbán gegründete Demokratenbund als radikal-liberale Jugendorganisation mit antikommunistischer Ausrichtung. Später entwickelte sich Orbán's Gruppierung zu einer Mitte-Rechts-Partei christlich-bürgerlichen Zuschnitts weiter. Folgerichtig trat sie im Europaparlament der EVP bei und nicht,

Nr. 04/12 (20. März 2012)

Ausarbeitungen und andere Informationsangebote der Wissenschaftlichen Dienste geben nicht die Auffassung des Deutschen Bundestages, eines seiner Organe oder der Bundestagsverwaltung wieder. Vielmehr liegen sie in der fachlichen Verantwortung der Verfasserinnen und Verfasser sowie der Fachbereichsleitung. Der Deutsche Bundestag behält sich die Rechte der Veröffentlichung und Verbreitung vor. Beides bedarf der Zustimmung der Leitung der Abteilung W, Platz der Republik 1, 11011 Berlin.

wie vom ehemaligen FDP-Chef Graf Lambsdorff ursprünglich angeregt, der Liberalen-Fraktion.

MSZP

Nach dem Zusammenbruch des Ostblocks bildete sich die MSZP als Rechtsnachfolger in der sozialistischen Kádár-Partei heraus. Sie stellte in der Folgezeit mehrfach den Ministerpräsidenten (z.B. Gyula Horn 1994). Flügelkämpfe zwischen traditionellen Sozialisten und den an Tony Blairs New-Labour-Konzept orientierten Sozialstaatsreformern um den späteren Ministerpräsidenten Gyurscány (2004-09) schwächten die Partei, deren überdies schlechte Wirtschaftsbilanz in der Regierung zum Absturz bei den Wahlen von 43,21 % (2006) auf 15,28 % (2010) führte und den ungarischen Sozialismus nach Einschätzung einheimischer Beobachter (vgl. Lendvai, S.221/22) auf längere Zeit diskreditiert haben dürfte.

LMP

Die offiziell als „Politik kann anders sein“ (LMP) bezeichnete Grünen-Partei ist aus der ökologischen Subkultur Ungarns entstanden, reicht in ihren Wurzeln bis zu den illegalen Bürgerrechtsbewegungen der kommunistischen Zeit zurück, konnte aber erst 2010 mit knapp 5 % den Einzug ins Parlament schaffen. Ihr Ansatz ist antisozialistisch, sodass bei allen Vorbehalten gegen Orbáns FIDESZ-Partei von ihren Mitgliedern eher noch eine Koalition mit ihr als mit der MSZP für wünschenswert erachtet wird.

JOBBIK

Der mit „rechts“ und „richtig“ übersetzbare, bewusst doppeldeutig gehaltene Parteiname verdeckt den extremistischen Charakter dieser 2003 gegründeten Partei mit paramilitärischer Schutztruppe („Ungarische Garde“, inzwischen verboten). EU-kritische, nationale und – zumindest wahltaktisch eingesetzte – Parolen mit offen antisemitischer und antiziganistischer Tendenz gehören zum Standardrepertoire dieser Gruppierung, deren Wählerbasis jung ist. Zur Führungsspitze zählen rechte Intellektuelle. Galionsfigur der Partei bei den Europawahlen 2009 war die redegewandte ehemalige Frauenrechtlerin Krisztina Morvai, die für die Antidiskriminierungsabteilung der UN gearbeitet hatte. Morvais Person belegt den erstaunlichen „Cross-Appeal“ der neuen ungarischen Rechten, zu deren Wählerschaft auch ehemalige Sozialisten gehören. Ein weiteres Anwachsen dieser Gruppierung über die derzeit 12,18 % hinaus scheint derzeit nicht ausgeschlossen. Dass ein solcher Anstieg Ungarn destabilisieren könnte, ist angesichts der betont antipluralistischen Haltung der JOBBIK anzunehmen.

Literatur

- Barlai, Melani; Hartleb, Florian (2010), Rechtsextremismus als Posttransformationsphänomen – der Fall Ungarn, in: Totalitarismus und Demokratie: Zeitschrift für internationale Diktatur- und Freiheitsforschung – 7, Heft 1, S.83-104.
- László, Róbert; Krekó, Péter (2012), Election Reform in Hungary: Still in Progress – Working Paper – Friedrich Ebert Foundation Budapest (http://www.fesbp.hu/common/pdf/Arbeitspapier_Jan_2012.pdf, Stand: 15.03.2012).
- Lendvai, Paul (2010), Mein verspieltes Land. Ungarn im Umbruch, Salzburg: Ecwin
- Szabó, Máté; Lux, Ágnes (2011), Die ungarischen Parlamentswahlen 2010: Zweidrittelmehrheit, neuformiertes Parteiensystem, Konsequenzen für die Politische Kultur, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen – 42, Heft 1, S.131-147.
- Vesper, Reinhard (2012), Ungarns kalter Bürgerkrieg, in: FAZ vom 24.02.12, S.3.